

Bericht von der DGB-Kundgebung am 1. Mai 2024 von Holger Giebel:

„Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.“ Mit dem Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu den Feierlichkeiten des Tages der Arbeit machte auch der Bergsträßer Kreisverband bei der Kundgebung auf dem Heppenheimer Bahnhofsvorplatz den rund 100 Teilnehmern deutlich, was aus Sicht des gewerkschaftlichen Dachverbands notwendig ist, um die Arbeitswelt gerechter und besser zu gestalten.

„All das ist letztlich eine Anerkennung für die Mühe, für die geleistete Arbeit. Leider werden aktuell viel zu oft die Starken bevorzugt und die Schwachen vergessen“, sagte Nils Burkhoff, Vorsitzender des DGB-Ortsverbands Viernheim, in seiner Begrüßung zu Beginn der Kundgebung. Er unterstrich die Bedeutung, sich für eine Stärkung der Tarifbindung einzusetzen. „Tarifverträge bieten auch Sicherheit und faire Bedingungen oberhalb des gesetzlichen Mindeststandards. Je mehr Menschen das einfordern, je lauter sie sind, umso größer wird der Druck auf Arbeitgeber und Politik“, rief Burkhoff dazu auf, sich bei den Gewerkschaften einzureihen.

Hilde Kille, die Vorsitzende der Bergsträßer DGB-Frauen, betonte ebenfalls die Bedeutung von Tarifverträgen. So verdienten Arbeitnehmer in Betrieben mit Tarifbindung im Durchschnitt zwölf Prozent mehr und erhielten mehr Urlaubstage als gesetzlich vorgeschrieben. Vor allem seien es Frauen, die in Branchen mit besonders vielen Betrieben ohne Tarifbindung tätig seien, etwa im Gastgewerbe oder im Kommunikationssektor. Das dürfe so nicht bleiben. „Arbeit hat ihre Würde, Arbeit hat ihren Preis“, machte die Gewerkschafterin deutlich.

Sven Wingerter, Vorsitzender des DGB-Kreisverbands Bergstraße, hob in Bezug auf die Vorteile der Tarifbindung einen weiteren Aspekt hervor: „Arbeitgeber beklagen immer einen Fachkräftemangel, doch anstatt zu jammern, könnte man auch selbst aktiv werden, um dagegen anzugehen. Das geht am besten mit ordentlich geregelten Tarifverträgen.“ Trotz vieler offener Stellen fänden viele keinen Arbeitsplatz, weil sie beispielsweise für die Arbeitgeber zu alt seien. „Das ist ein Millionenpotenzial an Arbeitskräften, das nicht genutzt wird“, so Wingerter.

Zudem konstatierte der DGB-Kreisvorsitzende eine „destruktive Stimmungsmache“ seitens der Arbeitgeber und einzelner Parteien, zuvorderst der FDP, die „Uraltforderungen aus der Mottenkiste“ hervorkrame, um den Sozialstaat zu demontieren: „Wir brauchen nicht nur innere und äußere, sondern auch soziale Sicherheit und wir dürfen es nicht hinnehmen, dass das eine gegen das andere ausgespielt wird.“ Überdies merkte Wingerter an, dass umfangreiche Zukunftsinvestitionen notwendig seien. Die Schuldenbremse erweise sich diesbezüglich aber als Zukunfts- und Investitionsbremse: „Die Schuldenbremse in dieser Form muss weg, ganz egal was Lindner und Konsorten sagen.“

Neben einer umfangreichen Reform der Schuldenbremse machte sich Horst Raupp, DGB-Sekretär für die Region Südhessen, in seiner Rede für ein gerechtes Steuersystem stark. „Dazu gehört die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Erbschaftssteuer bei millionen- und milliardenschweren Erbschaften, eine Finanztransaktionssteuer sowie eine Übergewinnsteuer, die Kriegs- und Krisengewinne konsequent abschöpft“, machte Raupp deutlich.

Das beste Mittel gegen stark gestiegene Preise seien deutliche Lohnerhöhungen und eine Ausweitung der Tarifbindung, weshalb der DGB auch die Kampagne „Eintreten für die Tarifwende“ initiiert habe. Um die Bedeutung der Tarifbindung zu unterstreichen, sei es notwendig, dass der Staat vorangehe. Die Bundesregierung habe dies erkannt und im Koalitionsvertrag zugesagt, ein Bundestariftreuegesetz vorzulegen, das vorsieht, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen mit Tarifbindung vergeben werden. Dies werde aber – ähnlich dem Lieferkettengesetz – aufgrund der Blockade durch die FDP bislang nicht umgesetzt. „Wir erwarten ein Tariftreuegesetz

ohne Hintertüren, das effektive Kontrollen und Sanktionen vorsieht. Das sage ich ausdrücklich mit Blick auf die FDP, denn das Hauptproblem der Ampel ist das gelbe Kabel“, sagte Raupp.

Eine Wahlempfehlung für die Europawahl gebe der DGB nicht, dennoch appellierte der Gewerkschafter deutlich dahingehend, von einem Kreuz für die AfD Abstand zu nehmen. „Die AfD ist eine aggressiv marktradikale und zutiefst unsoziale Partei, die die Menschenrechte mit Füßen tritt. Wer sie wählt, wählt Arbeitnehmerrechte ab“, so Raupp. Ein Indiz dafür sei, dass die AfD im Bundestag etwa gegen eine Erhöhung des Mindestlohns, eine Ausweitung der Tarifbindung und höhere gesetzliche Renten gestimmt habe. Ein soziales Europa könne niemals ein rechtes Europa sein. Der überall aufkeimende Nationalismus gefährde nicht zuletzt das europäische Friedensprojekt.

Für die musikalische Umrahmung der Kundgebung sorgte die Band „StirtUp“

